

Antrag der CDU - Ratsfraktion

öffentlich

Datum

24.09.2004

Nummer

A0143/04

Absender	
CDU-Ratsfraktion	
Adressat	
Vorsitzender des Stadtrates Herrn Balzer	
Gremium	Sitzungstermin
Stadtrat	07.10.2004
Kurztitel	
Patengemeinde des Zentrums gegen Vertreibung	

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Magdeburg wird Patengemeinde des Zentrums gegen Vertreibung. Zum Abschluss einer Vereinbarung nimmt der Oberbürgermeister Verhandlungen mit der entsprechenden Stiftung auf.

Begründung:

Das geplante Zentrum gegen Vertreibung will in eindrucksvoller Weise darstellen, welche Tragödie die Vertreibung von Menschen aus ihren angestammten Siedlungsgebieten bedeutet. Insbesondere soll in dem Zentrum die Vertreibung von 80 bis 100 Millionen Menschen im 20. Jahrhundert thematisiert werden. Der Schwerpunkt liegt dabei auf Europa. Nicht nur die Vertreibung der deutschen Bevölkerung, sondern die Geschichte der Integration dieser Menschen in den jeweiligen Gesellschaften soll als zentraler Schwerpunkt dokumentiert und behandelt werden. Zweifelsohne stellt die Integration von 15 Millionen Kriegsflüchtigen und rund 4 Millionen Spätaussiedlern in das Nachkriegsdeutschland eine nicht zu unterschätzende Kraftanstrengung dar. Wobei auch aktuell und in näherer Zukunft weitere Anstrengungen notwendig sein werden.

Mit dem Bekenntnis, durch Beitritt als Patengemeinde, kann die Landeshauptstadt Magdeburg deutlich bekennen, dass auch sie die Aufbauleistungen der Vertriebenen nach dem Kriege würdigt und ihre Leiden nicht vergessen sind. Dieses Bekenntnis haben bereits über 400 Gemeinden in Deutschland abgegeben, zum Beispiel Passau, Frankfurt am Main und Kassel, um nur einige zu nennen. Parteiübergreifend stehen bekannte Persönlichkeiten mit ihrem Namen zur Stiftung; Erika Steinbach MdB (CDU) und Prof. Dr. Peter Glotz (SPD) agieren als Vorsitzende.

Die benötigten Mittel von 0,05 € pro Einwohner Magdeburgs werden im Rahmen der Haushaltsaufstellungen für das Jahr 2005 bereitgestellt. Trotz der Haushaltsrelevanz sollte der Grundsatzbeschluss bereits jetzt erfolgen, um überhaupt entsprechende Gespräche zwischen der Landeshauptstadt Magdeburg und der Stiftung des Zentrums gegen Vertreibung zu ermöglichen.



Gerhard Ruden MdL
CDU-Stadtrat